

Informationen und Meinungen

EUROPA

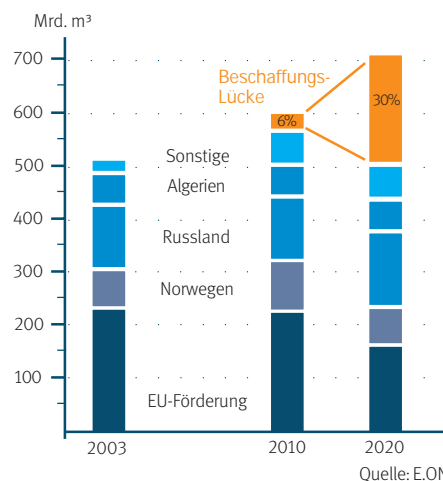
Neuer Energie-Kommissar erläutert Energie- und Kohlepolitik

Brüssel – EU-Energiekommissar Andris Piebalgs erläuterte Ende Januar in Brüssel auf Einladung von EURACOAL Ziele und Grundsätze seiner künftigen Arbeit. Vorrangig ist die Förderung der Energie-Effizienz, die Sicherung eines gut funktionierenden EU-Energiemarktes, der Ausbau der erneuerbaren Energien, die Förderung der Versorgungssicherheit und der internationalen Beziehungen zu den Energieproduzenten, eine noch intensivere Verknüpfung von Energie, Umwelt und Forschung sowie die Zuverlässigkeit der Kernenergie. Der Kommissar kündigte vor den Vertretern der europäischen Kohlenindustrie an, alle Handlungsfelder sorgfältig zu prüfen und falls notwendig zu verändern oder zu ergänzen. Eine vernünftige Energiepolitik habe entscheidenden Einfluss auf die Zukunft Europas, erklärte der neue Energiekommissar weiter. Er glaube, in den kommenden fünf Jahren werde sich eine „Energiewende“ in Europa vollziehen: Piebalgs rechnet mit weiter steigenden Preisen. Die EU werde immer stärker von Energieimporten abhängig und das Wachstum in China und Indien erhöhe die Nachfragekonkurrenz nach Energie und Rohstoffen weltweit.

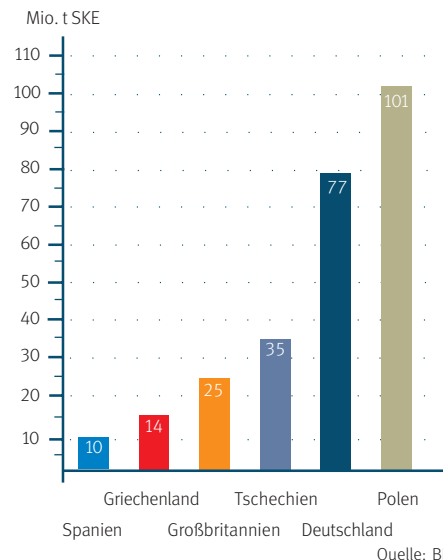
Um zu einer stimmigen und langfristigen EU-Kohlepolitik zu gelangen, lud der Kommissar die europäische Kohlenindustrie zu intensiven Konsultationen und Diskussionen ein. Er sei sich sicher, dass auch „unsere Enkel Strom aus Kohle einsetzen werden“. Kohle sei reichlich vorhanden. Kohle werde weltweit und wettbewerbsorientiert gehandelt und die Versorgungsrisiken seien minimal. Es bestehe aber die Gefahr, dass der Anteil der Stromerzeugung aus Kohle in Europa mit zunehmendem Alter der Kraftwerke abnehme. Es sei deshalb wichtig, so Piebalgs, dass in Technologien zur Effizienzsteigerung und Emissionsminderung investiert werde, die Kosten für diese Technologien sinken und die Durchsetzung am Markt gefördert wird. Die EU-Kommission wird sich deshalb verstärkt der Emissionsminderung bestehender Kohlekraftwerke widmen, die Entwicklung und Verwirklichung neuer effizienter Anlagen unterstützen und zusätzlich die Abscheidung und Speicherung von Kohlendioxid fördern. Piebalgs zeigte sich zufrieden, dass diese Vorstellungen der Kommission praktisch deckungsgleich mit den EURACOAL-Vorschlägen zum Clean-Coal-Konzept seien. Dies könne Grundlage einer „europäischen Clean-Coal-Partnerschaft zwischen EU-Kommission, Mitgliedsstaaten und der Industrie“ sein, erklärte der Kommissar.

Piebalgs bemängelte, dass es in Europa eine große Bandbreite bei den Kohlekraftwerken im Hinblick auf Alter und Technologien gibt. Die Wirkungsgrade der Anlagen liegen zwischen 27 und 43 Prozent. Ein erheblicher Teil der bestehenden Kraftwerksleistung muss im Laufe der nächsten Dekaden kontinuierlich ersetzt oder modernisiert werden. Der Kommissar geht davon aus, dass spätestens 2020 der Wirkungsgrad neuer europäischer Kohlekraftwerke bei über 50 Prozent liegt. Die Kommission werde dieses Ziel im 7. Rahmenforschungsplan der EU verankern und entsprechend fördern. Für die Zukunft der Kohle in Europa sind zudem Technologien zur Abscheidung und Lagerung von Kohlendioxid notwendig. Auch dies werde der neue EU-Forschungsrahmenplan berücksichtigen, erklärte Piebalgs. Langfristiges Ziel sei die Errichtung eines CO₂-freien Kraftwerks in gemeinsamer Verantwortung von EU, Mitgliedsstaaten und Industrie.

Versorgungslücke bei der EU-Erdgasversorgung durch steigenden Einsatz in der Stromerzeugung



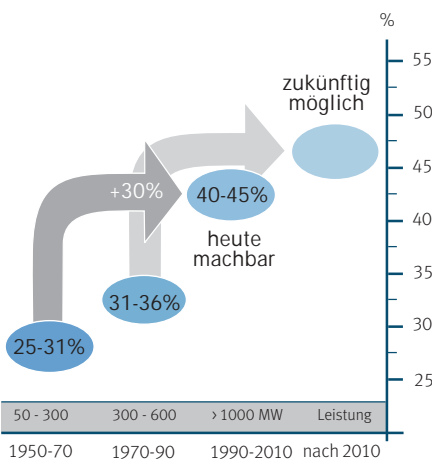
Kohleförderung in ausgewählten europäischen Ländern - 2003



ENERGIEMIX

Bundesumweltminister für hocheffizient verstromte Braunkohle

Kontinuierliche Wirkungsgrad-Verbesserung zur Steigerung der Effizienz von Braunkohlenkraftwerken



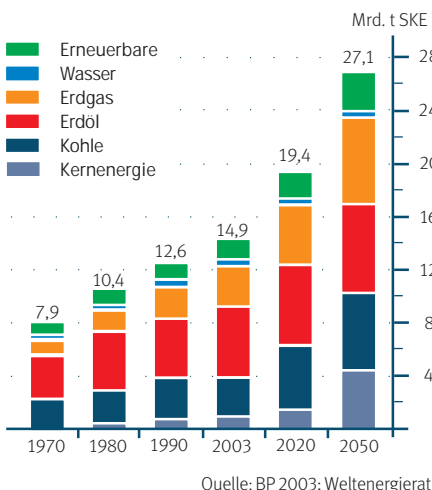
Wörlitz – „Deutschland ist mittelfristig auf die Kombination von erneuerbaren Energien, effizienten fossilen Kraftwerken und Energieeinsparung angewiesen. Schwellenländer brauchen vielfach Kohle und Wasserkraft, um ihre Entwicklungsbedürfnisse realisieren zu können.“ Diese Aussagen gehören zum Thesenpapier von Bundesumweltminister Jürgen Trittin zur ersten Klausurtagung seiner Partei in diesem Jahr im sächsischen Wörlitz. Trittin erklärte weiter, der begonnene Emissionshandel „hat eine Investitionswelle in hocheffiziente Gas-Kraftwerke und Kraft-Wärme-Kopplungsanlagen sowie in moderne Braunkohletechnologien ausgelöst.“ Erneuerbare Energien, Gas, importierte Steinkohle und „hocheffizient verstromte“ Braunkohle werden, so der Bundesumweltminister „2020 der Energiemix Deutschlands sein“. Bei der Kohlenutzung sei nicht das ob, sondern das wie entscheidend, erklärte Trittin. Die Weiterentwicklung von Kohlekraftwerken ist für ihn „wirtschaftlich und klimapolitisch sinnvoll“. Dies gelte insbesondere für Energiepartnerschaften mit anderen Ländern. So würde die Modernisierung aller Kohlekraftwerke in China die Treibhausgasemissionen des Landes halbieren. Auch Deutschland müsse bis 2020 ein Drittel seiner Kraftwerke ersetzen oder vom Netz nehmen, erklärte der Bundesumweltminister und schlägt vor, diese Kapazitätslücke nicht nur durch erneuerbare Energien und neue effiziente Kraftwerke zu schließen, sondern 20 bis 30 Prozent über Energieeinsparungen abzudecken.

VERSORGUNGSSICHERHEIT

Berlin will Kohle gute Perspektiven bieten

Berlin – Störungen in der Energieversorgung können „zum Herzstillstand ganzer Volkswirtschaften führen“, erklärte Bundeswirtschaftsminister Wolfgang Clement anlässlich einer energiewirtschaftlichen Tagung des Düsseldorfer Handelsblatt-Verlages in Berlin. Die sichere Verfügbarkeit von Energie steht nach Ansicht Clements „derzeit auf der internationalen energiepolitischen Agenda ganz oben.“ Die Bundesregierung werde deshalb den vorhandenen heimischen Energieträgern, vor allem der Stein- und der Braunkohle, „gute Perspektiven“ bieten. Allerdings könne man die aktuellen Probleme bei der Rohstoffversorgung nicht nur durch Rückgriff auf heimische Ressourcen lösen. Alle gängigen Prognosen, so Clement, sagen, dass die Rohstoffpreise langfristig steigen. Das sei Ausdruck von relativen und absoluten Knappheiten und vor allem Konsequenz der Konzentration wichtiger Vorkommen in Krisengebieten oder geografisch schwierigen Regionen. Deshalb wird nach Ansicht der Bundesregierung die Rolle der Außenwirtschaftspolitik in der Energiepolitik künftig zunehmen, kündigte der Wirtschaftsminister an. Dies umfasse Beiträge zur Befriedung von Krisenherden und den Ausbau von internationalen Partnerschaften. Als Beispiel führte Clement die Beziehungen zu Russland an. Russland deckt derzeit 35 Prozent des deutschen Erdgasbedarfs und knapp ein Drittel des Ölverbrauchs. Damit ist Russland größter und wichtigster Lieferant von Primärenergie für Deutschland. Clement fordert deutsche Unternehmen auf, verstärkt in Förderung, Erzeugung, Transport und Verteilung von Energie in Russland zu investieren. Durch Energieeinsparung und Effizienzsteigerungen könnte das Land fast die Hälfte seines Inlandsbedarfs an Primärenergien einsparen. Aber auch in anderen Regionen bieten sich vielfältige Energie- und Rohstoffpartnerschaften, sagte der Bundeswirtschaftsminister.

Entwicklung des Weltenergieverbrauchs



VERSORGUNGSSICHERHEIT II

EU-Parlament für Marktansatz

Brüssel – Der Ausbau der grenzüberschreitenden Stromnetze in der EU soll durch „ein positives Investitionsklima“ gefördert werden. Regulierende Eingriffe in den Netzausbau sollen sich primär positiv auf die Sicherheit der europäischen Stromversorgung auswirken und nicht anderen Zwecken dienen, schreibt der EU-Parlamentarier Giles Chichester in seinem jetzt vorgelegten Bericht zur geplanten EU-Richtlinie über Maßnahmen zur Verbesserung der sicheren Elektrizitätsversorgung in der EU. Netzbetreiber sollen künftig alle zwei Jahre eine Erklärung über ihre Investitionspläne abgeben. Mit der deutlich stärker marktwirtschaftlichen Orientierung steigen die Chancen, dass die Richtlinie, zu der die Stromausfälle in Italien und Skandinavien im Sommer 2003 den Anstoß gaben, zur Jahresmitte von den EU-Energieministern verabschiedet wird. ■

EMISSIONSHANDEL

Ärger mit den Briten

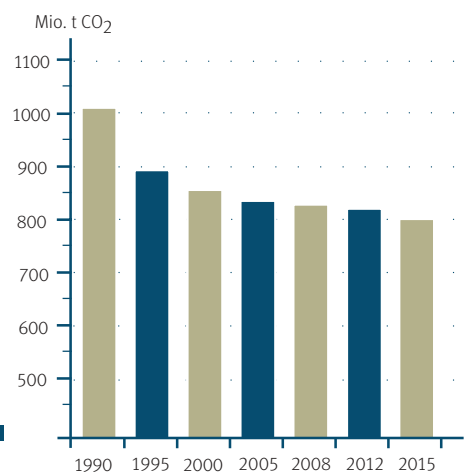
Brüssel – Mit 21 verabschiedeten Nationalen Emissionsplänen (NAP) ist zum Jahresbeginn der europäische Handel mit Emissionszertifikaten für Kohlendioxid gestartet. Am 26. Dezember vergangenen Jahres hatte die EU-Kommission die Pläne Maltas, Zyperns, Litauens und Ungarns ohne Beanstandungen freigegeben. Spanien wurden Nachbesserungen auferlegt. Als letztes EU-Mitglied reichte Griechenland seinen NAP am 1. Januar 2005 ein. Auch Italien, Tschechien und Polen warten noch auf die Freigabe ihrer NAP. Wegen verspäteter oder unzureichender Umsetzungen müssen allerdings neben Griechenland auch Belgien, Italien und Finnland mit einer Klage vor dem Europäischen Gerichtshof rechnen. Umgekehrt will Großbritannien gegen die EU-Kommission klagen, wenn die Aufstockung der ausgegebenen Zertifikatsmengen um knapp 20 Millionen Tonnen nicht anerkannt wird. Das Vereinigte Königreich hatte als erster EU-Mitgliedsstaat seinen NAP bereits im Frühsommer 2004 eingereicht und diesen auch genehmigt bekommen. Jetzt macht London „neue Bedarfsprognosen“ geltend. ■

KLIMASCHUTZ I

Deutschland erreicht Kyoto-Ziel

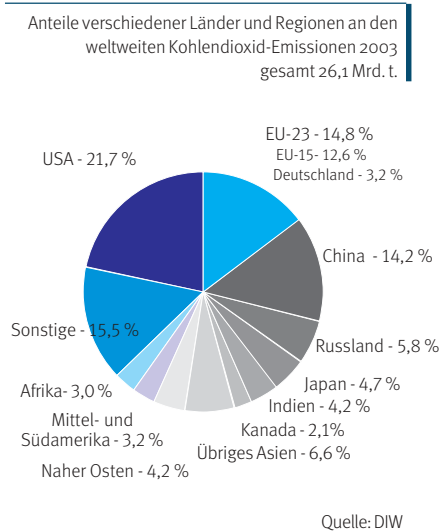
Berlin – Die Prognos AG und das Institut für Energiewirtschaft und rationelle Energieverwendung (IER) in Stuttgart gehen davon aus, dass Deutschland die übernommenen Verpflichtungen aus dem Kyoto-Protokoll erreicht. In einer gemeinsamen Zwischenbilanz für das Bundeswirtschaftsministerium schreiben die beiden Forschungsinstitute: Im Durchschnitt der Jahre 2008 und 2012 sind die energiebedingten Emissionen der drei Treibhausgase Kohlendioxid (CO₂), Methan (CH₄) und Lachgas (N₂O) „um 20 Prozent niedriger als 1990“. Werden die nicht-energiebedingten Emissionen in diese Betrachtung mit einbezogen, beträgt die Reduktion sogar mehr als 22 Prozent. Deutschland hat sich im Rahmen des EU-Lastenverteilungsplans dazu verpflichtet, seine Treibhausgasemissionen bis 2008/12 um mindestens 21 Prozent zu reduzieren. Die Emissionsberechnungen erfolgen ohne Berücksichtigung der klimarelevanten Emissionen des internationalen Luftverkehrs. ■

Entwicklung der energiebedingten Treibhausgas-Emissionen in Deutschland 1990 - 2015



Quelle: Prognos/IER 2004

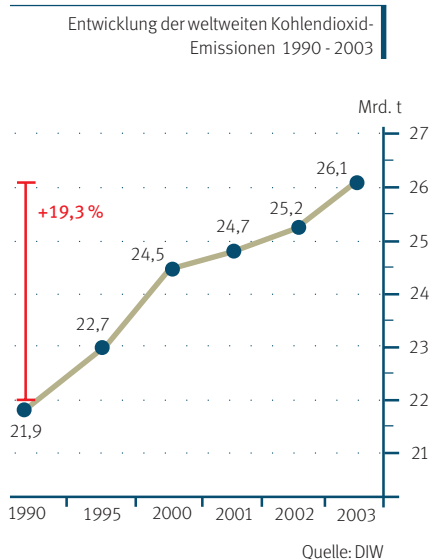
Wichtigste Ursache für die Emissionsminderung ist der Rückgang des Energieverbrauchs um knapp neun Prozent bis 2015. Bei der Struktur des Energieverbrauchs gibt es dagegen nur leichte Verschiebungen. So wird sich der Verbrauch an Mineralöl überdurchschnittlich um elf Prozent verringern. Beim Erdgas erwarten die Forschungsinstitute einen stabilen Verbrauch und bei den Erneuerbaren eine deutliche Zunahme. Die Nutzung der Kernenergie wird dagegen um gut ein Drittel zurückgehen. Kohle deckt bis 2015 unverändert gut ein Viertel des Primärenergieverbrauchs ab, dabei erwarten die Forschungsinstitute eine leichte Verschiebung zugunsten der Braunkohle. Zusätzlich untersuchten die beiden Forschungsinstitute die Ursachen für den Rückgang der energiebedingten CO₂-Emissionen in den vergangenen fünf Jahren. Die Institute konnten der Bundesregierung die Wirksamkeit „energiepolitischer Maßnahmen und technischer Verbesserungen“ bestätigen. Bessere Wärmedämmungen, effizientere Heizungen, Elektrogeräte und Maschinen, der Ausbau erneuerbarer Energien sowie die Ökosteuer führten zu einer CO₂-Minderung in Höhe von knapp 32 Millionen Tonnen für den Zeitraum 1999 bis 2003. Dem Preis- und Substitutionseffekt auf dem Energiemarkt werden 16 Millionen Tonnen CO₂-Einsparung zugerechnet. Demgegenüber erhöhte die im Vergleich zum Jahre 1999 kühlere Witterung den CO₂-Ausstoß um neun Millionen Tonnen. Einen Anstieg um 17 Millionen Tonnen hatten die deutlich gestiegene Wirtschaftsleistung, eine Erhöhung des Fahrzeugbestandes mit deutlich höheren Fahrleistungen sowie der Anstieg der Zahl der Privathaushalte mit deutlich mehr Wohnfläche und besserer technischer Ausstattung zur Folge.



KLIMASCHUTZ II

Verkehr gefährdet Kyoto-Ziele der EU

Kopenhagen - Die Europäische Union wird ihre Treibhausgasemissionen etwas stärker als vom Kyoto-Protokoll gefordert reduzieren. Zu diesem Ergebnis kommt die Europäische Umweltagentur EEA in ihren jüngsten Abschätzungen. Danach werden die bisherigen 15 EU-Mitgliedstaaten (EU-15) bis zum Jahr 2010 ihre gesamten Treibhausgasemissionen gegenüber 1990 um 7,7 Prozent reduzieren. Die Pläne von sechs der EU-15-Mitgliedstaaten (Österreich, Belgien, Dänemark, Irland, Luxemburg und die Niederlande), Emissionsgutschriften aus Projekten mit Drittländern auf dem Wege der flexiblen Mechanismen des Kyoto-Protokolls zu nutzen, führt zu einer weiteren Reduzierung um etwa 1,1 Prozent und somit zu einer Gesamtreduzierung von 8,8 Prozent. Für diese zusätzlichen Maßnahmen werden Aufwendungen in Höhe von 1,3 Milliarden Euro veranschlagt. Aus den jüngsten EEA-Prognosen geht hervor, dass Dänemark, Italien, Portugal und Spanien ihre Reduktionsverpflichtungen nicht erreichen werden. Auch Deutschland läuft Gefahr, mit den aktuellen Programmen und Maßnahmen seine Emissionsgrenze leicht zu überschreiten, heißt es. Ob andere EU-Mitglieder diese Defizite durch Übererfüllungen ausgleichen werden, ist gegenwärtig noch offen. Allerdings hat die EEA in ihre Betrachtungen noch nicht die Einführung des Handels mit Emissionszertifikaten für Kohlendioxid in der EU einbezogen. Auch Pläne zur Nutzung von Kohlenstoffsenken wie Wäldern und landwirtschaftliche Nutzflächen sind nicht Teil der EEA-Prognosen. Dies könnte bedeuten, dass die tatsächlichen Emissionsminderungen höher ausfallen könnten als bisher angenommen. Während die Treibhausgasemissionen in den Bereichen Energie, Industrie, Landwirtschaft und Abfallwirtschaft rückläufig sind, verzeichnet der Sektor Verkehr kräftige Zunahmen. Seit 1990 ist der CO₂-Ausstoß aus Fahrzeugen in der EU um 22 Prozent gestiegen. Der EU-Lastenverteilungsplan zur Erreichung der Kyoto-Verpflichtungen gilt nicht für die zehn neuen Mitgliedstaaten der EU. Hier gelten die nationalen Ziele weiter. Danach haben sich die Tschechische Republik, Estland, Lettland, Litauen, Slowakische Republik und Slowenien zu einer achtprozentigen Reduktion ihrer Treibhausgasemissionen verpflichtet, Ungarn und Polen wollen eine



Reduktion von sechs Prozent. Zypern und Malta haben keine konkreten Ziele. In fast allen neuen Mitgliedstaaten sind die Emissionen bereits wesentlich zurückgegangen. Im Jahr 2002 lagen die Emissionen um ein Drittel unter dem Niveau von 1990, was hauptsächlich auf die Einführung marktwirtschaftlicher Systeme und die anschließende Neuordnung oder Schließung energieintensiver Industrien zurückzuführen ist. Die durch den Verkehr verursachten Treibhausgasemissionen der zehn neuen EU-Mitglieder lagen hingegen 2002 um zwölf Prozent über dem Niveau des Bezugsjahres 1990. ■

KLIMASCHUTZ III

Kritik an Studie zu ökonomischen Kosten des Klimawandels

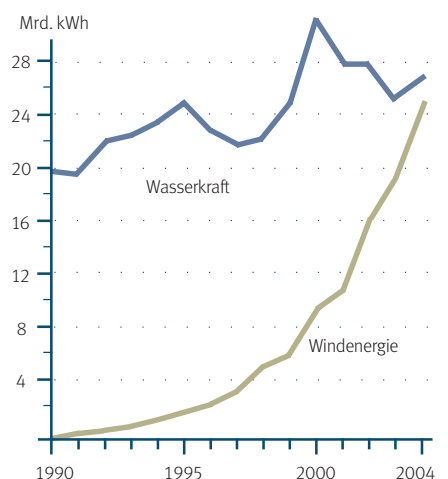
Berlin – Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) sieht sich heftiger Kritik an einer Publikation zu den ökonomischen Kosten des Klimawandels (DIW Wochenbericht 42/2004) ausgesetzt. Das DIW stellt die These auf, dass eine globale Temperaturerhöhung um ein Grad Celsius bis 2050 weltweit volkswirtschaftliche Schäden in einer Größenordnung von bis zu zwei Billionen US-Dollar zur Folge haben wird. Für Deutschland ermittelte das DIW eine Schadenssumme von 137 Milliarden Euro als Folge klimabedingter Naturkatastrophen bis 2050. Basis der Hochrechnungen sind Schadensstatistiken führender Rückversicherer, die belegen, dass die ökonomischen Schäden extremer Wetterereignisse in den vergangenen drei Jahrzehnten um den Faktor 15 gestiegen sind. Das DIW schreibt diesen Trend in seiner Untersuchung bis 2050 fort, ohne zu berücksichtigen, dass die Häufigkeit von extremen Witterungsereignissen im Referenzzeitraum nicht zugenommen hat. Eine genaue Untersuchung der für die Zunahme der Schadenshöhe verantwortlichen Ursachen erfolgt ebenso wenig wie eine Überprüfung des unterstellten Temperaturverlaufs. ■

WINDENERGIE

Schadensfälle steigen dramatisch an

München – Die Versicherungswirtschaft schätzt, dass Konstrukteure, Betreiber und Versicherungen im vergangenen Jahr mehr als 100 Millionen Euro zur Schadensbeseitigung an Windenergieanlagen in Deutschland aufgewendet haben. Mehr als 3 000 von derzeit insgesamt 16 000 Windenergieanlagen in Deutschland werden von dem Münchner Finanzkonzern Allianz versichert. Im Durchschnitt der Jahre 1997 bis 2003 wies fast ein Drittel dieser Anlagen Schäden auf. Das Unternehmen bemängelt, dass es immer wieder zu Störungen und Ausfällen infolge konstruktiver Schwächen oder Herstellungsfehler komme. Ohne Erfahrungen aus dem Betrieb einer Größenklasse abzuwarten, kommen immer neue Leistungsklassen auf den Markt, bemängelt der Versicherungskonzern. Der Markt fordere immer größere Turmhöhen, bessere Wirkungsgrade und die Aufstellung im Binnenland mit besonders hohen Anforderungen. Die fehlenden Erfahrungen unter echten Betriebsbedingungen führen dazu, dass die zugesagte Lebensdauer der Anlagen bei weitem nicht erreicht werde. Auch der Umfang der erforderlichen Wartungen und Inspektionen werde deutlich unterschätzt. Zu den häufigsten Versicherungsfällen an Windenergieanlagen gehören Schäden an Getriebe, Generator und den Rotorblättern. Weil die Schäden oft auf grundsätzlichen Auslegungs-, Herstellungs- oder Betriebsfehlern beruhen, sind in der Regel eine größere Zahl von Anlagen betroffen, was die Schadenssummen erhöhe. Kostentreibend wirken auch lange Stillstandszeiten mit hohen Ausfallkosten. Besonders störanfällig sind Anlagen im Binnenland.

Entwicklung der Stromerzeugung aus Windkraft und Wasserkraft - 1990 bis 2004

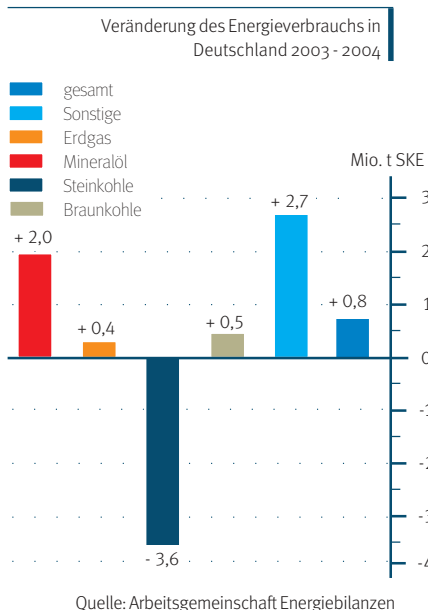


Quelle: DIW 2005

ENERGIEVERBRAUCH

Primärenergieverbrauch auf Vorjahresniveau

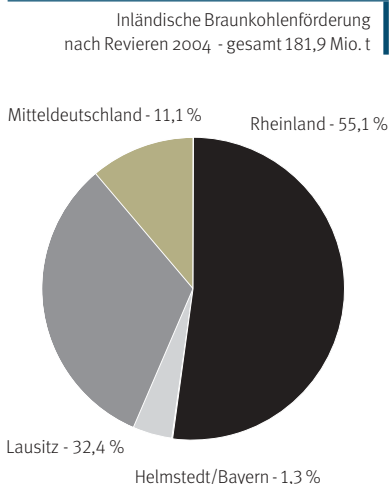
Berlin/Köln - Der Primärenergieverbrauch in Deutschland blieb 2004 trotz eines gesamtwirtschaftlichen Wachstums von 1,7 Prozent mit rund 493 Millionen Tonnen Steinkohleeinheiten (Mio. t SKE) auf dem Niveau des Vorjahres. Nach vorläufigen Berechnungen der Arbeitsgemeinschaft Energiebilanzen unterschritt der Mineralölverbrauch mit rund 179 Mio. t SKE nur knapp die Vorjahresmenge. Die Entwicklung verlief bei den einzelnen Produkten unterschiedlich. Der Absatz von leichtem Heizöl ging vor allem preisbedingt kräftig zurück (minus 9,3 Prozent), derjenige vom schweren Heizöl (minus 5,3 Prozent) und vom Ottokraftstoff (minus 2,7 Prozent) nahm ebenfalls ab. Dagegen stieg der Verbrauch bei Dieselkraftstoff (plus 3,4 Prozent) und Rohbenzin (plus 4,7 Prozent) deutlich an. Der Erdgasverbrauch lag mit rund 110 Mio. t SKE geringfügig höher als im Vorjahr (plus 0,3 Prozent) bei unterschiedlicher Entwicklung in den einzelnen Quartalen und Verbrauchssektoren. In der Industrie wurde konjunkturbedingt mehr Erdgas eingesetzt. Während der Einsatz in Kraftwerken etwa konstant blieb, ging die Nachfrage der privaten Haushalte bedingt durch die höheren Temperaturen in der Heizperiode leicht zurück. Der Steinkohlenverbrauch war mit rund 66 Mio. t SKE um 3,6 Prozent niedriger als vor einem Jahr. Ursächlich für diese Entwicklung war der Rückgang beim Einsatz in der Elektrizitätswirtschaft. Die Stahlindustrie hat den Verbrauch des Vorjahres bei günstiger Konjunktur leicht übertroffen. Der Braunkohlenverbrauch lag wegen der höheren Lieferungen an die Kraftwerke mit rund 56 Mio. t SKE knapp über dem Vorjahresniveau (plus 0,5 Prozent). Die Stromerzeugung der Braunkohlenkraftwerke war insgesamt etwas höher. Die Stromerzeugung der Kernkraftwerke stieg gegenüber dem Vorjahr um etwa ein Prozent. Der Beitrag der Wasserkraftwerke wie derjenige der Windkraftanlagen zur Primärenergieträgerbilanz stieg kräftig. Insgesamt erhöhte er sich um reichlich ein Fünftel. Der Verbrauch von sonstigen Energieträgern nahm gegenüber 2003 um 1,5 Prozent zu. Der Beitrag aller erneuerbaren Energien am Primärenergieverbrauch belief sich 2004 auf rund drei Prozent.



BRAUNKOHLE

Förderung leicht über Vorjahresniveau

Köln - Produktion und Absatz der deutschen Braunkohlenindustrie haben im Jahr 2004 das Ergebnis des Vorjahres übertroffen. Die Förderung lag bei knapp 182 Millionen Tonnen (Mio. t). Das entspricht einem Zuwachs von 1,6 Prozent. Damit ist das gute Ergebnis des Jahres 2002 wieder erreicht worden. Dabei verlief die Entwicklung in den einzelnen Revieren unterschiedlich. Im mitteldeutschen Revier sank die Förderung um etwa acht Prozent auf rund 20 Mio. t. In der Lausitz nahm sie um rund drei Prozent auf 59 Mio. t zu. Das Rheinland verzeichnete einen Förderzuwachs von knapp drei Prozent auf gut 100 Mio. t. Im Revier Helmstedt nahm die Förderung auf etwa 2,4 Mio. t zu. Die Braunkohlen-Lieferungen an Kraftwerke der allgemeinen Stromversorgung (167,4 Mio. t) erhöhten sich um gut ein Prozent. Rund 92 Prozent der gesamten deutschen Braunkohlenförderung werden zur Stromerzeugung eingesetzt. Die Stromerzeugung der Braunkohlenkraftwerke lag knapp über dem Vorjahresniveau. Da Stromerzeugung und -verbrauch insgesamt im vergangenen Jahr praktisch konstant waren, bleibt der Anteil der Braunkohle an der gesamten Stromerzeugung bei gut 26 Prozent. Braunkohle liefert damit einen maßgeblichen Beitrag für die Erzeugung von wettbewerbsfähigem Grundlaststrom. Die Herstellung von Veredlungsprodukten lag 2004 insgesamt höher als im Vorjahr. Hohe Preise bei den Wettbewerbern eröffneten hier zusätzliche Absatzpotenziale. Einen Zuwachs um jeweils rund 13 Prozent gab es bei der Herstellung von Staub,



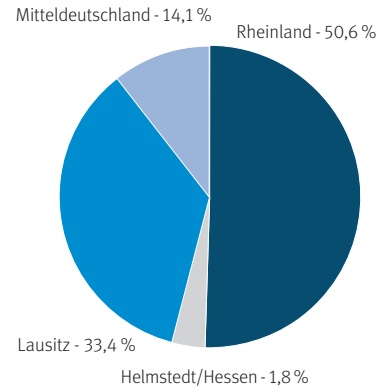
Wirbelschichtkohle und Koks. Dagegen ist die Produktion von Brikett (minus zwei Prozent) erneut zurückgegangen. Die Zahl der Beschäftigten in der deutschen Braunkohlenindustrie sank bis Ende 2004 um 1 346 auf 24 069. In dieser Zahl sind gut 2 000 Auszubildende enthalten sowie 6 754 Mitarbeiter in den Kraftwerken der allgemeinen Versorgung der Braunkohlenunternehmen. Insgesamt werden in Deutschland rund 50 000 wettbewerbsfähige Arbeitsplätze durch Braunkohlenbergbau und -stromerzeugung gesichert.

ENERGIEPREISE

Keine schnelle Entspannung

Hannover - Die Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe (BGR) in Hannover führt den dramatischen Anstieg der Energiepreise auf eine komplexe Gemengelage unterschiedlicher Faktoren und Entwicklungen zurück. Bemerkenswert sei, dass die Preissteigerung, ausgehend von den Ölmärkten Nordamerikas, praktisch alle Energierohstoffe und alle Regionen erfasst hat. Binnen zwei Jahren, so die nationale Rohstoffbehörde, haben sich die Preise für Kesselkohle auf derzeit 72 US-Dollar verdoppelt und auch Natururan verzeichne eine „Preisrally“. Ausschlaggebend für diese Entwicklungen ist nach Ansicht der BGR der „immens wachsende Hunger der Dritten Welt nach Energie, insbesondere der Schwellenländer Asiens.“ Daneben spielen die politischen Instabilitäten mehrerer Lieferregionen eine Rolle. Weniger bekannt ist, dass Engpässe bei den Förder- und Transportkapazitäten durch fehlende Investitionen in der vorangegangenen Tiefpreisphase die Preise ebenso nach oben treiben wie Unsicherheiten bei der Bewertung von Reserven und massive Spekulationen auf dem Ölmarkt. Günstig wirke sich für die Euroländer die Dollarschwäche aus. Die BGR hofft, dass die weltweiten Förderkapazitäten zügig dem steigenden Bedarf angepasst werden. ■

Stromerzeugung aus Braunkohle 2004 nach Revieren - gesamt 158,5 Mrd. kWh

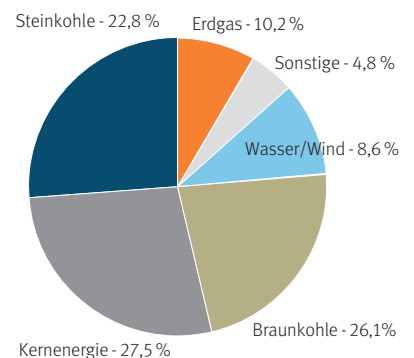


STROMERZEUGUNG

Kohle deckt die Hälfte des Energiebedarfs

Berlin/Köln - Der Bruttostromverbrauch betrug 2004 in Deutschland exakt 600 Milliarden Kilowattstunden (Mrd. kWh). Das waren 0,7 Prozent mehr als im Vorjahr. Die Stromerzeugung stieg um 0,5 Prozent auf 606,5 Mrd. kWh. Die Stromexporte lagen mit rund 51 Mrd. kWh leicht unter dem Wert des Vorjahres. Die Stromerzeugung aus Kernkraft stieg um ein Prozent und erreichte eine Höhe von 167 Mrd. kWh. Mit 27,5 Prozent hat die Kernenergie weiterhin den größten Anteil an der inländischen Stromerzeugung. Während die Stromerzeugung aus Steinkohle um drei Prozent abnahm, konnten die Braunkohlenkraftwerke ihre Produktion leicht ausweiten. Derzeit sind Braunkohlenkraftwerke mit einer Leistung von über 22 000 Megawatt (MW) am Netz; die Anlagen werden im Durchschnitt über 7 100 Stunden im Jahr betrieben. Knapp die Hälfte der inländischen Stromerzeugung stammte damit aus Kohle. Die Stromerzeugung aus Windkraft erhöhte sich 2004 um etwa ein Drittel auf 25 Mrd. kWh. Ursächlich für diesen Zuwachs waren der Zubau von 2 000 MW Leistung sowie günstige Windverhältnisse. Ende 2004 wurden in Deutschland rund 16 500 Windenergieanlagen mit einer installierten Leistung von 16 630 MW betrieben. Die Stromerzeugung aus Wasserkraft erhöhte sich nach dem extrem trockenen Vorjahr um acht Prozent auf 27 Mrd. kWh. Insgesamt hatten Wind und Wasser einen Anteil von etwas mehr als fünf Prozent an der gesamten inländischen Stromerzeugung. Die Zunahme des Stromverbrauchs im vergangenen Jahr beruht nach Einschätzung der Arbeitsgemeinschaft Energiebilanzen auf der erhöhten Nachfrage von Industrie und Gewerbe. Dabei hat sich die gesamtwirtschaftliche Stromproduktivität mit 0,9 Prozent im vergangenen Jahr deutlich positiver entwickelt als im langjährigen Durchschnitt.

Bruttostromerzeugung 2004 nach Energieträgern - gesamt 606,5 Mrd. kWh



EUROPA

EURACOAL wählt neue Präsidenten



Nigel Yaxley

Brüssel – Anlässlich der diesjährigen EURACOAL-Mitgliederversammlung wurde Nigel Yaxley (UK Coal Mining Ltd.) zum neuen Präsidenten des Verbandes der europäischen Kohlenindustrie gewählt. Zum neuen Vizepräsidenten wählten die EURACOAL-Mitglieder Prof. Constantinos Kavouridis von der griechischen Public Power Corporation (PPC). Yaxley folgt Dr.-Ing. Dietrich Böcker aus Deutschland. Böcker hatte während seiner zweieinhalbjährigen Amtszeit wesentlich zur Neuausrichtung und Erweiterung von EURACOAL beigetragen und den Verband „zum führende Sprachrohr der Kohle in Brüssel“ gemacht. Nigel Yaxley (48) ist seit 1977 in der britischen Kohleindustrie tätig. Er studierte Physik an der Universität von Cambridge und begann seine berufliche Laufbahn im Bereich Verkauf und Marketing beim National Coal Board. Seit 1995 ist Yaxley Marketing Direktor von UK COAL Mining Ltd. Nigel Yaxley ist gleichzeitig Vorsitzender von Coalpro (Confederation of UK Coal Producers), dem Verband der britischen Kohleproduzenten. Prof. Dr. Constantinos Kavouridis (54) promovierte am Imperial College in London als Bergbauingenieur im Bereich Bergbautechnologien und verfügt über eine 25jährige Erfahrung in der Braunkohleindustrie. Seit 2000 ist er Generaldirektor der Bergbauabteilung und Mitglieds des Vorstandes von Public Power Corporation S.A. (PPC), dem führenden griechischen Stromerzeugungsunternehmen. Außerdem lehrt Kavouridis an der Technischen Universität Kreta. Yaxley kündigte in Brüssel vor den EURACOAL-Mitgliedern und dem neuen Energiekommissar Andris Piebalgs eine intensive Zusammenarbeit in Kohlefragen an. Er warnte vor einem ungebremsten Anstieg des Erdgasverbrauchs in der EU. Dies bedrohe die Wettbewerbsfähigkeit und Versorgungssicherheit insbesondere in der Stromerzeugung. Europa brauche vielmehr aus ökonomischen und ökologischen Gründen einen breiten Energiemix, zu der die Kohle maßgeblich gehöre. Yaxley erinnerte daran, dass Europa nach China und den USA die „drittgrößte Kohleverbrauchsregion der Welt“ ist. Die Bedeutung dieses Energieträgers habe sich durch die EU-Erweiterung noch beträchtlich erhöht. Mit der „richtigen Politik“ könne Kohle auch in Zukunft maßgeblich zur sicheren, wettbewerbsfähigen und umweltgerechten Stromerzeugung in Europa beitragen. Das Clean-Coal-Konzept sichere den effizienten und emissionsarmen Kohleeinsatz und eröffne Wege zum CO₂-armen Kraftwerk der Zukunft. ■

BILDUNG

Multimedia Terminal für Deutsches Museum

Köln/München - Der Bundesverband Braunkohle (DEBRIV) hat dem Deutschen Museum in München einen Multimedia Terminal für den Bereich Braunkohle zur Verfügung gestellt. Das in der Bergbauabteilung des Museums bereit gestellte Informationsangebot basiert auf den Animationen und Abbildungen, die auch auf den Internetseiten des DEBRIV verfügbar sind. Dieses Material wurde für die Präsentation im Museum angepasst und um aktuelles Filmmaterial ergänzt. ■

Herausgeber:

DEBRIV
Bundesverband Braunkohle
- Öffentlichkeitsarbeit -
Dipl.-Volkswirt Uwe Maaßen
Postfach 40 02 52
50832 Köln

Tel: 0 22 34 / 18 64 0

Fax: 0 22 34 / 18 64 18

E-Mail: uwe.maassen@braunkohle.de

Internet: www.braunkohle.de

(Eintragung in den e-mail-Presserverteiler unter:
www.braunkohle.de „Presseservice“)